



10. Arbeitstagung Nationale Gesundheitspolitik, 20. November 2008 Protokoll, Workshop 3: Praktische Ausbildung und Nachwuchsförderung

WAC, 26.11.2008

Impulsreferat 1: Berufsmaturität: Bindeglied zwischen Berufsbildung und Fachhochschulen (Serge Imboden, Vizedirektor BBT, Leiter Berufsbildung)

In diesem Referat wurde die Funktion der Berufsmatura erläutert. Hauptsächlich soll die Berufsmatura die Attraktivität einer Berufslehre erhöhen und die Durchlässigkeit zu den Fachhochschulen sichern (kein Abschluss ohne Anschluss).

Es wurde Bezug genommen auf das Duale Bildungssystem in der Schweiz. Die Berufsbildung fördert Lernprozesse, die sich am Qualifikationsbedarf der Arbeitswelt ausrichten und auf einem Miteinander von Berufspraxis und Theorie basieren.

Die Berufsbildung ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Kantonen und Organisationen der Arbeitswelt. Sie schafft einen Mehrwert für alle (die Lernenden/Studierenden, die Wirtschaft und die Gesellschaft).

Impulsreferat 2: Praktische Ausbildung abgelden? Selbstverständlich - Das Beispiel des Kantons Bern (Dany Heilbronn, Leiter Dienststelle Berufsbildung GEF)

Die praktische Ausbildung in den Gesundheitsberufen ist immer noch ein Mauerblümchen, dabei hat sie die grösste Bedeutung. Da dieses Mauerblümchensein die Qualität und die Quantität der praktischen Ausbildung beeinträchtigt, muss etwas geändert werden. Gefordert sind der Betrieb (er muss ausbilden, damit er seine Leistung erbringen kann) und der Kanton (er ist verantwortlich für die Gesundheitsversorgung). Die Gesundheitsdirektion des Kantons Bern hat entschieden, die praktische Ausbildung in die Versorgungsplanung einzubeziehen.

Von den Betrieben wird gefordert, dass sie die Fachleute, die sie brauchen selber ausbilden. Andererseits stellt die Gesundheitsdirektion den Betrieben Informationen und Instrumente zur Verfügung und geltet den Betrieben die Ausbildungsleistungen finanziell ab. Die Betriebe verpflichten sich, eine bestimmte Anzahl von Fachleuten auszubilden und bestimmte Qualitätsvorgaben einzuhalten.

Der Kanton Bern hat gute Erfahrungen mit diesem Modell gemacht z.B. mit den DNI- und den DNII-Pflege-Ausbildungen. Ein Jahr nach dem der Kanton Bern die pauschale Abgeltung von praktischen Ausbildungen eingeführt hatte, war der chronische Mangel an Praktikumsplätzen behoben.

Diskussion

Themenkreis was gibt es neben den finanziellen Aspekten für Verbesserungspotential betreffend effizienter Aus- und Weiterbildung?

Es wurden verschiedenen Ideen in die Diskussion eingebracht wie: Die Familienpolitik sei zu überdenken, insbesondere die Förderung von Frauen, die nach der Babypause wieder in den Beruf einsteigen möchten.

Es sollten mehr Ausbildungsplätze geschaffen werden und die Löhne sollten während der Ausbildung erhöht werden. Man könnte sich überlegen nicht bereits fertig ausgebildete ausländische Arbeitskräfte in die Schweiz zu importieren sondern die Situation für Jugendliche, die in der Schweiz eine Ausbildung absolvieren möchten, verbessern.

Es wurde der Wunsch in die Diskussion eingebracht, dass sich das Bildungssystem beruhigen sollte, es sollten nicht ständig Änderungen aufgenommen werden und dem bestehenden System sollte die Möglichkeit geben werden, sich zu etablieren.

Da sind v.a. auch die Organisationen der Arbeitswelt (OdAs) gefordert, da sie die Inhalte der Ausbildungen festlegen. In Anbetracht der Vielfältigkeit der Berufe könnte man sich z.B. überlegen, Berufe mit sich überschneidenden Tools zusammen zu fassen. Es wurde das Beispiel der Berg- und Wanderführer genannt. Hier war eine gewisse Vereinheitlichung möglich.

Bei der Zusammenfassung von Tools sind aber auch Traditionen zu berücksichtigen. Diese können Veränderungen erschweren.

Änderungen im Bildungsbereich seien aber nicht zu vermeiden v.a. nicht im Bereich der Gesundheitsberufe, da sowohl das sanitäre wie auch das Bildungssystem im Wandel seien. Insofern sei auch nicht damit zu rechnen, dass sich das Bildungssystem in diesem Bereich beruhigen werde.

In der Arbeitspraxis sollten die Handlungskompetenzen angeschaut werden.

Es wird das Problem angesprochen, dass Fachangestellte Gesundheit (FAGEs) wegen den fixen Schultagen nicht flexibel im Spital einsetzbar seien. Zum Teil werden aber auch flexible Schulzeiten angeboten. Es sei wichtig, dass die für die Praxis richtige Ausbildung angeboten werde, dass die Ausbildung für die Ausbildungsstätte praktikabel sei und dass die Ausbildung für die Jugendlichen interessant sei.

Die OdAs müssen Akteure werden, die mitreden. Dies stellt Anforderungen an die Betriebe. Man könnte die Betriebe im Sinne des zweiten Impulsreferats entlasten, indem die öffentliche Hand die Ausbildungsplätze finanziert.

Es wurde das Problem angesprochen, dass es viele Auszubildende gibt und oft zu wenig diplomierte Pflegenden, diese geraten dadurch stark unter Druck. Deshalb ist zu prüfen, ob die Anzahl der diplomierten Pflegenden aufzustocken ist, damit man sie entlasten kann.

Themenkreis: Sind die Regulierungsstufen zu hoch? Finanzierung nach KVG 2012?

Im KVG wird durch einen Ausnahmenkatalog bestimmt, was nicht via KVG finanziert werden kann. Es sind dies die universitären Medizinalberufe nach Medizinalberufegesetz (MedBG). Bei den übrigen Berufen ist die Ausbildung über die Preise abzugelten (aber nicht unbedingt über sogenannte Fallpauschalen).

Die Frage ist hier, ob das die Branche selber regeln kann oder ob man Modelle wählen sollte, wie im Kanton Bern (vgl. Impulsreferat 2), der Staat zahlt, was von den Betrieben an die Ausbildung geleistet wird.

Man könnte sich auch überlegen einen Branchenfonds einzurichten, da es sich um ein Branchenproblem handelt.